

HIROSHIMA mahnt!



67 Jahre

Am 06. und 09. August 1945 starben die japanischen Städte

Hiroshima und Nagasaki

Heute mahnen uns die Katastrophen

Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima

Raus aus der Atomwirtschaft



Atomwaffen abschaffen
Atomkraftwerke abschalten
Atomtransporte stoppen

Liebe Heidenheimer Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Im August 1945 warfen die USA über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki eine Atombombe ab. Über 60.000 Menschen wurden durch die Explosionen getötet. Hunderttausende starben später infolge ihrer Verletzungen und der Strahlenbelastung. Bundesweit wird vom den 6. bis 9. August, den Jahrestagen der Bombardierungen Hiroshimas und Nagasakis in unzähligen Veranstaltungen der Opfer dieser unfassbaren Katastrophe gedacht.

Die internationale Nichtregierungsorganisation "Mayors for Peace" (Bürgermeister für den Frieden) hat im Oktober 2003 die Kampagne "2020 Vision" (zu deutsch: atomwaffenfrei bis 2020) gestartet. Mayors for Peace ruft ihre momentan 5126 Mitgliedsstädte in 153 Ländern auf, die Kampagne zu unterstützen, um sich so in die Verhandlungen über Atomwaffen einzumischen. Sie werden dabei von Friedensgruppen auf der ganzen Welt sowohl auf lokaler als auch internationaler Ebene unterstützt.

Heidenheim ist Mitglied

Aus dem ursprünglichen Antrag der DKP Heidenheim, Heidenheim als „Atomwaffenfreie Zone“ zu erklären, hat dann der Gemeinderat im November 1986 beschlossen, der Initiative Internationale Solidarität „Mayors for Peace“ beizutreten.

Über Jahrzehnte blieb dieser Beschluss ohne kommunale Initiativen. Weder die Stadtverwaltungen noch die Fraktionen im Rat griffen den Beschluss auf, um eigene Aktivitäten zu planen und durchzuführen. Lediglich die DKP brachte, im Wesentlichen zu den Haushaltsberatungen, Anträge zur Unterstüt-



(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

zung dieser weltweiten Kampagnen ein und unterstützt die Friedensgruppe Heidenheim aktiv. Oberbürgermeister Bernhard Ilg steht selbst diesen Mayors for Peace-Initiativen, durch seine persönliche Beteiligung, positiv gegenüber. Sachdienlich wäre jedoch eine Gemeinderatsbeschluss über alle Parteien hinweg, um die Kraft für alle Friedens-Aktivitäten zu stärken.

Die Fraktionen im Gemeinderat sind aufgefordert, bis zum 68. Jahrestag aktiv zu werden.

Deutsche Bank finanziert Produktion von Atomwaffensystemen

Die Deutsche Bank finanziert 13 internationale Unternehmen, die Atomwaffensysteme entwickeln und produzieren. Das kritisiert der IPPNW-Vorsitzende Matthias Jochheim heute auf der Aktionärsversammlung der Deutschen Bank und appelliert an den Vorstand, die Beteiligungen an atomarer Bewaffnung aufzugeben. „Mit ihrem Finanzengagement in diese Unternehmen erleichtert die Deutsche Bank den Aufbau von Nuklearstreitkräften und konterkariert so die Anstrengungen, die Welt atomwaffenfrei zu machen“, erklärt Jochheim.

Laut einer aktuellen Studie „Don't Bank on the Bomb“ (Die Bombe ist eine schlechte Investition) der Internationalen Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) investieren u.a. Deutsche Bank, Allianz, Commerzbank und BayernLB in die Hersteller von Atomwaffensystemen. Die Studie nennt insgesamt mehr als 300 Finanzinstitute in 30 Ländern mit erheblichen Investitionen in Unternehmen, die US-amerikanische, britische, französische und indische Atomsprengköpfe sowie Raketen, Bomber und atomwaffenfähige U-Boote produzieren. Elf der Finanzinstitute sind in Deutschland ansässig. Die Deutsche Bank ist zum Beispiel seit 2009 mit schätzungsweise rund 715 Millionen US-Dollar an British Aerospace Systems beteiligt, das zusammen mit anderen

Auch Städte und Gemeinden leiden unter den Rüstungslasten

Das Bundeskabinett hat 2010 beschlossen, dass auch der Militärhaushalt an der Sparoperation bis zum Jahr 2014 beteiligt sein sollte. Von geplanten 81,6 Mrd. Euro sollte der Rüstungshaushalt 8,3 Mrd. bringen. Wer seine Sinne beisammen hat und die Grundrechenarten beherrscht, wusste schon damals, dass hier gelogen und getrickelt wird. So gab es dreistellige Millionenbeträge aus „Konjunkturpaketen“ der Bundesregierung für Waffen und zusätzlich einige Möglichkeiten, Rüstungskosten in andern Haushaltstiteln zu verstecken. Ende 2012 wurde nun die aktuelle Haushaltsplanung präsentiert. Nirgendwo ist in den Kapital-Medien jetzt von



Oberbürgermeister B. Ilg

Unternehmen einen neuen Typ von atomar bewaffneten U-Booten entwickelt. Einen Kredit in Höhe von 111,4 Millionen US-Dollar vergab das Finanzinstitut 2011 an die niederländische European Aeronautic Defence and Space Company (EADS), die in die Produktion französischer Atomwaffen involviert ist. Die Daimler Benz AG hatte bis Ende 2011 15 % Anteile an EADS. Die Hälfte dieser Anteile mit einem Wert von 1,2 Milliarden Euro hat ein Investorenkonsortium von Finanzinstituten (inkl. KfW und Deutsche Bank) gekauft. EADS produziert auch die Raketen M4, M45 und M51 an Bord der französischen Atom-U-Boote der Triomphant-Klasse und ist am Bau des atomaren Marschflugkörpers Air-Sol Moyenne Portée-Amélioré für die Jagdbomber Mirage 2000N und Rafale F3 beteiligt.

Im internationalen Atomwaffensperrvertrag ist nicht nur der Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf nukleare Bewaffnung festgeschrieben, sondern auch die Verpflichtung zur vollständigen atomaren Abrüstung der fünf unterzeichnenden Nuklearwaffenstaaten.

Die Rede von Matthias Jochheim finden Sie unter www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomwaffen/rede_deutsche_bank_31_05_12.pdf
IPPNW-Pressemitteilung vom 31.5.2012



„Aufrüstung“ zu lesen. Trotzdem wird sich der Rüstungshaushalt von 31,7 Mrd. Euro im Jahr 2012 auf 33,3 Mrd. im Jahr 2013 erhöhen. Zusätzlich soll bis zu einer Milliarde Euro Personalkosten pro Jahr in den allgemeinen Haushalt umgebucht werden.

Das zusätzliche Geld wird die Militärs freuen. Zuletzt hat der „Verteidigungs“minister in Interviews getönt, dass es nun keine Tabus mehr für weltweite Kriegseinsatz der Bundeswehr geben werde, sofern sie den „wohlverstandenen“ Interessen Deutschland dienen. Sprich: den Interessen von Kapital und Kabinett.

Deutsche Interessen und Kriegseinsatz in aller Welt! NEIN! Auch die Interessen der Städte und Gemeinden sind deutsche Interessen, sie dienen den Menschen in Stadt und Land und nicht den Rüstungsgewinnlern und Rüstungsmonopolen.

